

Marc Buggeln, Michael Wildt

Arbeit im Nationalsozialismus (Einleitung)

1 Historische Arbeits-Semantiken in Deutschland bis 1933

Im Schweiß seines Angesichts sollte der Mensch sein Brot essen, so lautete der Fluch Gottes nach der Vertreibung von Adam und Eva aus dem Paradies. Mühsal und Plackerei gehören ohne Zweifel zu den ältesten Vorstellungen von Arbeit; und es ist kennzeichnend, dass die Bedeutung von Arbeit als Strafe hier ihren Ausgang nahm. Das Leben all-inclusive ohne Arbeit hieß Paradies.¹

In den antiken Stadtstaaten war die schwere Handarbeit den Sklaven aufgelegt, während die Bürger sich für die Geschicke ihrer Polis engagierten, ihre Mühe zum Philosophieren nutzten oder Kriegsdienst leisteten – ihrem Verständnis nach alles tugendhafte Beschäftigungen, keine Arbeit. Faulheit indes war eine Schande.²

Die in Europa christlich geprägte Vormoderne bildete eine deutliche Zäsur, war doch Arbeit für alle Christenmenschen obligatorisch: ora et labora. Nichtstun wurde als Gefahr für die Seele begriffen. Somit galt auch, dass Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – nicht im Sinne der christlichen Obrigkeit arbeiteten, einer Arbeit zugeführt werden sollten.

Keine Bettler und Bettleryn sollen ynn unnsrem kirchspiell ynn der Stadt noch dorffern, gelidden werden, dann welche mit alder oder kranckheit nicht beladen, sollen arbeiten oder aus unnsrem kirchspiell [...] hynwegk getrieben werden,

forderte Martin Luther 1523.³ Seit dem 16. Jahrhundert entstanden so genannte Arbeitshäuser, in denen Arbeit für den Lebensunterhalt und Arbeit als Strafe gleichermaßen galten. Menschen wurden eingeteilt in diejenigen, die arbeite-

1 Walter Bienert, Die Arbeit nach der Lehre der Bibel, Stuttgart 1954.

2 Wilfried Nippel, Erwerbsarbeit in der Antike, in: Jürgen Kocka/Claus Offe/Beate Redlob (Hrsg.), Geschichte und Zukunft der Arbeit, Frankfurt/New York 2000, S. 54–56; Werner Conze, Arbeit, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. I., S. 154–215, hier S. 155–158.

3 Zit. n.: Conze, Arbeit, S. 164. Umgekehrt konnte sich diese Kritik auch gegen den müßiggängerischen Adel richten. „Als Adam grub und Eva spann, wo war denn da der Edelmann?“ wurde zum geflügelten Wort im 15./16. Jahrhundert.

ten, die nicht arbeiten konnten und die nicht arbeiten wollten. Arbeit, Armenfürsorge und soziale Kontrolle waren seit dem Spätmittelalter zunehmend miteinander verbunden.⁴

All diese Bedeutungen verschwanden nicht in der Moderne, doch mit der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft in Europa verknüpfte sich Arbeit mit dem Streben nach Reichtum und Glück. In den Schriften der Aufklärer und frühen Nationalökonomien wie John Locke oder Adam Smith kam es zu einer „emphatischen Aufwertung der Arbeit als Quelle von Eigentum, Reichtum und Zivilität bzw. als Kern menschlicher Existenz und Selbstverwirklichung“.⁵ Auch Karl Marx' fundamentale Kritik am Kapitalismus gründet auf der Annahme, dass die Arbeit allein Werte schaffe und sich der Kapitalist ungerechtfertigt einen Mehrwert der von den Arbeitern geleisteten Arbeit aneigne. Jürgen Kocka betont, dass dennoch die Ambivalenzen von Arbeit nicht unbeachtet blieben. So unterschieden Adam Smith und Adam Ferguson zwischen produktiver und unproduktiver, geistiger und mechanischer, hochwertiger und gemeiner Arbeit.

Durch die Industrialisierung, die Entwicklung einer kapitalistischen Marktwirtschaft setzte sich die lohnabhängige Erwerbsarbeit als dominante Arbeitsform durch. Mit der räumlichen Trennung von Wohnung und Arbeitsplatz erhielt die Fabrikarbeit nicht nur ein eigenes Zeitregime,⁶ sie wurde auch entlang der Geschlechterlinien ganz unterschiedlich verteilt. Die Familie hörte auf, Produktionseinheit zu sein; Frauen wurden für den Haushalt und die Familie verantwortlich, während überwiegend die Männer ‚zur Arbeit‘ gingen.⁷ Das Modell der „male breadwinner family“ herrscht seither vor, obwohl Sonya O. Rose zu

⁴ Otto Gerhard Oexle, Arbeit, Armut, „Stand“ im Mittelalter, in: Kocka/Offe/Redslob, Geschichte und Zukunft der Arbeit, S. 67–79. Es ist kein Zufall, dass Arbeitshäuser sich zuerst in England und in den Niederlanden, also in frühkapitalistischen Gesellschaften ausbreiteten. Ihre zentrale Aufgabe war es, vor- bzw. unterbürgerliche Schichten zu einem bürgerlichen Arbeits- und Leistungsethos zu „erziehen“.

⁵ Jürgen Kocka, Mehr Last als Lust. Arbeit und Arbeitsgesellschaft in der europäischen Geschichte, in: ders., Arbeiten an der Geschichte. Gesellschaftlicher Wandel im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 2011, S. 203–224, hier S. 206 (Online verfügbar: [<http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/mehr-last-als-lust>], eingesehen 12.5.2014).

⁶ Edward P. Thompson, Time, Work-Discipline and Industrial Capitalism, in: Past & Present 38 (1967), S. 56–97; Alf Lüdtke, Arbeitsbeginn, Arbeitspausen, Arbeitsende. Skizzen zur Bedürfnisbefriedigung und Industriearbeit im 19. und frühem 20. Jahrhundert, in: ders., Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus, Hamburg 1993, S. 85–119.

⁷ Karin Hausen, Work in Gender, Gender in Work: The German Case in Comparative Perspective, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), Work in a Modern Society. The German Historical Experience in Comparative Perspective, New York/Oxford 2013, S. 73–92.

Recht darauf aufmerksam macht, dass in der Wirklichkeit die Sphären Haushalt und Arbeitsplatz keineswegs so strikt voneinander getrennt waren (und sind), sondern vielfältig miteinander verflochten. Selbstverständlich gab und gibt es viele Frauen, die erwerbstätig sind, und Familien konstituierten die ‚Klassenidentität‘ von männlichen Beschäftigten ebenso wie ihre Arbeitserfahrungen.⁸

Das Male-Breadwinner-Modell bestimmte nicht nur die Erwerbsarbeit in den kapitalistischen europäischen Gesellschaften, es durchdrang diese auch kulturell. Es korrespondierte mit einer Trennung von Öffentlichkeit, in der der Mann agierte, und Privatheit der Familie, die der Frau vorbehalten war. Gleichzeitig beinhaltete das Modell eine spezifische Ausformung von Maskulinität, bei der dem Mann politische und soziale Macht zufiel: er galt als Beschützer von Frauen und Kindern. Frauen hingegen erhielten die Rolle von Müttern, die für die Reproduktion der Familie, die Erziehung der Kinder und die emotionale Unterstützung des Mannes sorgen sollten. Umgekehrt wurden Frauen geächtet, die sich der Rolle des zu beschützenden Wesens entzogen, selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen und ein eigenständiges, selbstbestimmtes, von der Familie unabhängiges Leben führen wollten.⁹

Der bürgerliche Staat des 19. und 20. Jahrhunderts befestigte diese historisch hergestellte Geschlechterdifferenz, indem er ‚Familienpolitik‘ betrieb und arbeitsrechtliche Vorgaben erließ, die weibliche Erwerbstätigkeit erschwerten bzw. Frauen wieder ‚heim an den Herd‘ bringen sollten.¹⁰ Insbesondere das NS-Regime unternahm große Anstrengungen, um 1933/34 mit einer Kampagne gegen „Doppelverdiener“ im öffentlichen Dienst mitarbeitende Ehefrauen zu entlassen und ihre Arbeitsplätze Männern zu geben oder mit Ehestandsdarlehen junge, selbstredend „rassereine“ Familien zu unterstützen, verbunden mit der Verpflichtung, dass die Frau zu Hause bleibt und die Rolle der deutschen Mutter einnimmt.¹¹ Hierbei konnten sie auf Zustimmung bei einem großen Teil der Männer aus der Arbeiterbewegung hoffen.¹²

8 Sonya O. Rose, *Limited Livelihoods: Gender and Class in Nineteenth-Century England*, Berkeley/Los Angeles 1992.

9 Hausen, *Work in Gender*, S. 90; Angelika Wetterer, *Arbeitsteilung und Geschlechterkonstruktion. „Gender at Work“ in theoretischer und historischer Perspektive*, Konstanz 2002; Kathleen Canning, *Gender History in Practice: Historical Perspective on Bodies, Class, and Citizenship*, Ithaca 2006.

10 Gisela Bock/Pat Thane (Hrsg.), *Maternity and Gender Policies. Women and the Rise of the European Welfare States 1880s–1950s*, London/New York 1991; Susanne Rouette, *Sozialpolitik als Geschlechterpolitik. Die Regulierung der Frauenarbeit nach dem Ersten Weltkrieg*, Frankfurt a. M./New York, 1993.

11 Detlev Humann, „Arbeitsschlacht“. Arbeitsbeschaffung und Propaganda in der NS-Zeit 1933–1939. Göttingen 2011, S. 152–178; vgl. seinen Beitrag in diesem Band. Doppelverdiener-

Das semantische Feld Arbeit band sich gleichfalls ein in die Nationalisierungsbestrebungen im Europa des 19. Jahrhunderts. In der Theorie Adam Smiths war die Summe aller produktiven Arbeit der Reichtum der Nation; umgekehrt besaß die Nation ein eminentes Interesse an der Organisation, Mobilisierung und Produktivierung von Arbeit. ‚Nationale Arbeit‘ im Sinne äußersten Arbeitseinsatzes als Dienst an der Nation war durchaus ein gängiger Topos schon im 19. Jahrhundert. Aus dem „Recht auf Arbeit“ wurde eine „Pflicht zur Arbeit“, stilisiert zur „Ehre der Arbeit“.¹³

Ausdrücklich entwarf der Volkskundler und Publizist Wilhelm Heinrich Riehl 1861 in seinem Buch „Die deutsche Arbeit“ eine spezifisch nationale Form des Arbeitens.¹⁴ Das deutsche Volk, so Riehl, denkt, wenn es von Arbeit spricht, „an eine aus sittlichen Motiven entspringende, nach sittlichem Ziele ringende That, die mit dem Nutzen für uns selbst zugleich den Nutzen für andere Leute verbindet“¹⁵. Diese Auffassung von Arbeit unterscheidet sich scharf vom „Schaffen und Rafften blos um eigennützigem Gewinns willen“¹⁶, wofür selbstredend vor allem die „Juden“ stehen, deren Arbeit Handel und „Schacher“ seien. Die Vorstellung vom „schaffenden Deutschen“ und „raffenden Juden“ bildete einen festen Bestandteil völkischen Denkens.¹⁷

So rückwärts gewandt die antisemitische, Handwerk und Bauerntum verklärende Rhetorik anmutet, so war sie doch eine ‚moderne‘ Antwort auf die

kampagnen hatte es in Deutschland allerdings bereits 1919/20 und erneut seit 1930, u.a. propagiert vom Zentrum und auch von Teilen der SPD gegeben: Stefan Bajohr, Die Hälfte der Fabrik. Geschichte der Frauenarbeit in Deutschland 1914 bis 1945, Marburg 1979, S. 168–189. Die NS-Kampagne führte nur zu einem sehr geringen Rückgang der Frauenarbeit in der Industrie: Rüdiger Hachtmann, Industriearbeiterinnen in der deutschen Kriegswirtschaft 1936–1944/45, in: Geschichte & Gesellschaft 19 (1993), S. 332–366, hier S. 334–336.

12 Bei einer von Erich Fromm u.a. durchgeführten Befragung 1929/30 meinten nicht nur 90 % der nationalsozialistisch sondern auch etwa jeweils über 50 % der sozialdemokratisch und kommunistisch wählenden Angestellten und Arbeiter, dass eine verheiratete Frau keinen Beruf ausüben sollte: Erich Fromm, Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches, Eine sozialpsychologische Untersuchung, München 1980, S. 186.

13 Conze, Arbeit, S. 208f. Vgl. auch: Frank Trommler, Die Nationalisierung der Arbeit, in: Reinhold Grimm/Jost Hermand (Hrsg.), Arbeit als Thema der deutschen Literatur vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Königstein/Taunus 1979, S. 102–125.

14 Wilhelm Heinrich Riehl, Die Deutsche Arbeit, Stuttgart 1861; vgl. dazu: Joan Campbell, Joy in Work, German Work: The National Debate, 1800–1945, Princeton/New Jersey 1989, S. 32–46. Pina Bock (Leipzig) arbeitet an einer Dissertation zum Topos „Deutsche Arbeit“ im 19. Jahrhundert.

15 Riehl, Arbeit, S. 5.

16 Ebd., S. 6.

17 Vgl. dazu den Beitrag von Michael Wildt in diesem Band.

unumkehrbaren Transformationen der Gesellschaft.¹⁸ Auch der so genannte nationale Sozialismus ging von der sozialen Existenz der Arbeiterschaft als neuer, durch die kapitalistische Industrie geschaffener Klasse aus und strebte deren Integration in eine völkisch strukturierte Gesellschaft an. Der Antisemitismus ermöglichte eine Kapitalismuskritik, ohne den Kapitalismus abzuschaffen.

Und es gab durchaus Korrespondenzen mit der sozialistischen Arbeiterbewegung. So formulierte die Sozialdemokratische Partei in ihrem Gothaer Programm 1875:

Die Arbeit ist die Quelle allen Reichtums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, d. h. allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.¹⁹

Die Auffassung, dass nur derjenige, der arbeitet, ein nützliches Glied der Gesellschaft sei und Müßiggang gewissermaßen Diebstahl am Volksvermögen, die sich bei den Sozialdemokraten vor allem gegen adlige Großgrundbesitzer und Kapitalisten richtete, ließ sich durchaus antisemitisch deuten, indem die Müßiggänger und Ausbeuter als jüdisch identifiziert und die Schaffenden als nationale Gemeinschaft bestimmt wurden.²⁰

Aber in solchen Sätzen steckte auch ein großer Stolz auf die eigene Arbeitsleistung als werteschaaffende Produktivkraft, als Ausweis erfahrener Handfertigkeit und handwerklicher Kompetenz. Gleichzeitig verweisen sie auf eine männlich konnotierte Kulturbedeutung. Auch sozialistische Arbeiter konnten den Topos „deutsche Qualitätsarbeit“ für sich reklamieren, ohne deshalb in den Verdacht zu kommen, als Parteigänger der völkischen Rechten zu gelten.²¹ Die Bilder und Formeln der „deutschen Qualitätsarbeit“, so Alf Lüdtke, transportierten zweierlei: „zum einen den Appell an die Arbeitserfahrungen und -haltungen; zum anderen den Verweis auf deren Bedeutsamkeit für das ‚große Ganze‘“²².

Neben der völkischen und der sozialistischen Arbeiterbewegung gewann nicht zuletzt der Erste Weltkrieg große Bedeutung für die Semantik wie Praxis

18 Zur Verklärung von Bauerntum und Handwerk im italienischen Faschismus vgl. den Beitrag von Katharina Schembs in diesem Band.

19 Siehe dazu die bissige Kritik von Karl Marx, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bd. XIX, Berlin 1978, S. 15–32.

20 Peer Jürgens, Antisemitismus: Sozialismus der dummen Kerls? Sozialdemokratie und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich, Hamburg 2013.

21 Alf Lüdtke, Arbeit, Arbeitserfahrungen und Arbeiterpolitik. Zum Perspektivenwandel in der historischen Forschung, in: ders., Eigen-Sinn, S. 351–440, hier insb. S. 399–409.

22 Ebd., S. 404. Vgl. auch das Interview mit Alf Lüdtke in diesem Band.

von Arbeit, die nun einem militärischen Regime unterworfen wurde. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst vom Dezember 1916, das auf Veranlassung der Obersten Heeresleitung unter Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff zustande kam, verpflichtete alle Männer zwischen siebzehn und sechzig Jahren, die nicht zur Armee eingezogen waren, in der Rüstungsindustrie oder einem kriegswichtigen Betrieb zu arbeiten. Damit wurde die freie Wahl des Arbeitsplatzes aufgehoben, und das Militär hatte seinen Einfluss auf die Organisation der Arbeit im Deutschen Reich erkennbar erweitern können.²³

2 Nationalsozialistische Arbeitsvorstellungen und -praktiken (1933–1939)

In diesem Feld widerstreitender historischer Semantiken, differenter sozialer Praktiken und öffentlichen Diskurses zum Thema Arbeit in der deutschen Gesellschaft agierten die Nationalsozialisten nach der Erringung der Macht 1933 und konnten durchaus an Vorstellungen von Arbeit anknüpfen, die zunächst keineswegs als nationalsozialistisch zu kennzeichnen waren. So griff die Hitler/Papen-Regierung eine Tradition der Arbeiterbewegung auf und erklärte den 1. Mai zum staatlichen Feiertag mit Lohnfortzahlung – und deutete ihn zugleich um in einen „Tag der nationalen Arbeit“. „Ehret die Arbeit und achtet den Arbeiter!“ lautete das offizielle Motto dieses 1. Mai 1933.²⁴ Am folgenden Tag stürmten SA-Trupps die Gewerkschaftshäuser, verhafteten die Funktionäre und zerschlugen buchstäblich die freie Gewerkschaftsbewegung. An deren Stelle trat die Deutsche Arbeitsfront, in der sowohl Unternehmer als Betriebsführer als auch Arbeitnehmer als Gefolgschaft organisiert waren. Den Zweck dieser neuen Organisation formulierte Hitler in einer Verordnung vom 24. Oktober 1934 ganz unmissverständlich: „Das Ziel der Deutschen Arbeitsfront ist die Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft aller Deutschen. Sie hat dafür zu sorgen, dass jeder einzelne seinen Platz im wirtschaftlichen Leben der Nation in der geistigen und körperlichen Verfassung einnehmen kann, die ihn zur höchst-

²³ Zum Hilfsdienstgesetz siehe: Gerald D. Feldman, *Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914–1918*, Berlin/Bonn 1985, S. 169–206.

²⁴ Gesetz über die Einführung eines Feiertages der nationalen Arbeit vom 10.4.1933, in: RGBl. I, S. 191; siehe dazu den Beitrag von Inge Marszolek in diesem Band.

ten Leistung befähigt und damit den größten Nutzen für die Volksgemeinschaft gewährleistet.“²⁵

Arbeit als Dienst an der Volksgemeinschaft – auf diese Formel lässt sich das nationalsozialistische Verständnis von Arbeit bringen. „Volksgemeinschaft“, so formulierte Hitler in einem vom Frankfurter Volksblatt am 27. Januar 1934 publizierten Gespräch mit Hanns Johst,

das heißt Gemeinschaft aller wirkenden Arbeit, das heißt Einheit aller Lebensinteressen, das heißt Überwindung von privatem Bürgertum und gewerkschaftlich-mechanisch-organisierter Masse, das heißt die unbedingte Gleichung von Einzelschicksal und Nation, von Individuum und Volk. [...] Der deutsche Bürger mit der Zipfelmütze muß Staatsbürger werden und der Genosse mit der roten Ballonmütze Volksgenosse. Beide müssen mit ihrem guten Willen den soziologischen Begriff des Arbeiters zu dem Ehrentitel der Arbeit adeln. Dieser Adelsbrief allein vereidigt den Soldaten wie den Bauern, den Kaufmann wie den Akademiker, den Arbeiter wie den Kapitalisten auf die einzig mögliche Blickrichtung aller deutschen Zielstrebigkeiten: auf die Nation. [...] Denn alles, was nicht verfiebert zur Arbeit drängt und sich zur Arbeit bekennt, ist im Bereich des Nationalsozialismus zum Absterben verurteilt.²⁶

Während zunächst die kreditfinanzierten Programme zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der vorangegangenen Regierungen fortgesetzt wurden, veränderte die NS-Regierung 1933/34 signifikant die Arbeitsorganisation. Mit der Zerschlagung der freien Gewerkschaften wurde die Tarifautonomie aufgehoben; per Gesetz wurde im Mai 1933 „Treuhändern der Arbeit“ die rechtsverbindliche Regelung der Tarifpolitik übertragen. Das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 bestätigte die autoritäre Macht der Treuhänder. In den Unternehmen sollte von nun an eine „Betriebsgemeinschaft“ mit „Führer“ und „Gefolgschaft“ herrschen; an die Stelle betrieblicher Mitbestimmung durch Betriebsräte traten abhängige „Vertrauensräte“; betriebliche Konflikte sollten künftig durch eine soziale Ehrgerichtsbarkeit geschlichtet werden.²⁷

Im Februar 1935 wurde das Arbeitsbuch, und damit die Kontrolle über den Wechsel von Beschäftigungsverhältnissen, wieder eingeführt, die in Deutsch-

25 Zit. n.: Michael Schneider, *Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939*, Bonn 1999, S. 182. Zur DAF vgl. die demnächst erscheinende umfassende Darstellung von Rüdiger Hachtmann.

26 Zit. n.: Max Domarus, *Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem Zeitgenossen*, Teil I: Triumph, Bd. I: 1932–1934, Leonberg 1988, S. 150f.

27 Vgl. den Beitrag von Rüdiger Hachtmann in diesem Band; dort auch weitere Literaturhinweise. Zum Arbeitsrecht im Nationalsozialismus siehe ebenfalls den Beitrag von Martin Becker in diesem Band. Zur politischen Aufladung des betrieblichen Raums im Nationalsozialismus vgl. den Beitrag von Ulrich Pehrn in diesem Band.

land im Laufe des 19. Jahrhunderts zugunsten einer freien Wahl des Arbeitsplatzes abgeschafft worden war. Im Juni 1935 folgte dann die obligatorische Verpflichtung zum Arbeitsdienst.²⁸ Die Dienstpflicht galt prinzipiell für Jugendliche beiderlei Geschlechts, tatsächlich rekrutiert wurden aber vornehmlich junge Männer im Alter zwischen 18 und 24 Jahren, die nun vor ihrem Wehrdienst ein halbes Jahr Arbeitsdienst zu leisten hatten. Stärker als der ökonomische Nutzen und die Senkung der Arbeitslosenzahl²⁹ stand dabei die Formierungsabsicht im Vordergrund. Schon auf der Kabinettsitzung am 4. April 1933 hatte Hitler betont, „dass man die Arbeitsdienstpflicht nicht zunächst unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachten solle. Er sehe darin vor allem ein Instrument, das zur bewussten Erziehung zur Volksgemeinschaft hervorragend geeignet sei.“³⁰ Und im Gesetz zum Reichsarbeitsdienst vom Juni 1935 hieß es: „Der Reichsarbeitsdienst soll die deutsche Jugend im Geiste des Nationalsozialismus zur Volksgemeinschaft und zur wahren Arbeitsauffassung, vor allem zur gebührenden Achtung der Handarbeit erziehen.“³¹

Die hohe Wertschätzung der körperlichen Arbeit durchzog die gesamte nationalsozialistische Propaganda. Schon in seiner Rede zum 1. Mai 1933 auf dem Tempelhofer Feld in Berlin hatte Hitler unterstrichen:

Wir wollen in einer Zeit, da Millionen unter uns leben ohne Verständnis für die Bedeutung des Handarbeitertums, das deutsche Volk durch die Arbeitsdienstpflicht zu der Erkenntnis erziehen, dass Handarbeit nicht schändet, nicht entehrt, sondern vielmehr wie jede andere Tätigkeit dem zur Ehre gereicht, der sie getreu und redlichen Sinnes erfüllt.

Stürmischen Beifall erhielt Hitlers Forderung:

Es bleibt unser unverrückbarer Entschluss, jeden einzelnen Deutschen, sei er, wer er sei, ob reich, ob arm, ob Sohn von Gelehrten oder Sohn von Fabrikarbeitern, einmal in seinem Leben zur Handarbeit zu führen, damit er sie kennenlernt.³²

28 Bis dato war der Arbeitsdienst offiziell freiwillig, doch eine große Zahl junger Männer arbeitete dort, weil ihnen ansonsten die Arbeitslosenunterstützung entzogen worden wäre: Humann, „Arbeitsschlacht“, S. 365–480; Kiran Klaus Patel, „Soldaten der Arbeit“. Arbeitsdienste in Deutschland und den USA 1933–1945, Göttingen 2003, S. 73–103.

29 Bei der Senkung der Arbeitslosenzahlen durch die Einführung der Arbeitsdienstpflicht handelte es sich selbstredend um einen statistischen Effekt, waren die Jugendlichen doch allein durch ihre sechsmonatige Beschäftigung beim Reichsarbeitsdienst noch längst nicht wieder längerfristig in Lohn und Brot gebracht.

30 Akten der Reichskanzlei, Teil I, Nr. 85, S. 288f., zit. n.: Patel, Soldaten der Arbeit, S. 77.

31 RGBl. 1935 I, S. 769, zit. n.: Patel, Soldaten der Arbeit, S. 107.

32 Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen, Bd I., S. 262.

2.1 Materieller und ideeller Lohn

Materielle Entlohnung sollte von der ideellen Wertschätzung entkoppelt werden. Für Hitler war jede Handlangertätigkeit für das Bestehen einer Gesellschaft genauso notwendig wie die Arbeit eines Ingenieurs oder eines Erfinders – im ideellen Sinn.³³ Materiell wurde jedoch durchaus differenziert entlohnt. Die Nationalsozialisten favorisierten Leistungslöhne, Akkordsysteme und Prämien mit der Folge, dass sich das Lohnsystem erheblich aufspreizte. Zum einen sollten so Leistungsanreize entstehen, zum anderen aber auch Solidarität unter den Arbeitern erschwert werden.³⁴

Doch vergrößerten sich seit 1933 nicht nur die Lohnunterschiede zwischen Arbeitern, sondern vor allem verstärkte sich – ganz im Unterschied zu Götz Alys Annahmen – die Differenz zwischen den unteren und oberen Einkommenschichten. Wie eine bisher nur wenig beachtete Untersuchung des Ökonomen Fabian Dell zeigt, umfasste der Einkommensanteil des reichsten einen Prozents der deutschen Bevölkerung von 1923 bis 1933 relativ konstant etwa 11 % des Gesamteinkommens. Von 1933 bis 1938 stieg dieser Anteil um erstaunliche fünf Prozent auf insgesamt über 16 % an.³⁵ Demgegenüber lagen die nominellen Bruttostundenverdienste deutscher Arbeiter 1936 um 22,8 % und auch 1943 noch um 8 % unter dem Vorkrisenniveau von 1929, obwohl ab 1937 nahezu Vollbeschäftigung herrschte.³⁶ Gleichzeitig sank der Einkommensanteil der

33 Zudem lobten die Nationalsozialisten in herausgehobener Weise die nichtentlohnte, mehr oder minder freiwillige Arbeit als Dienst an der Volksgemeinschaft, was auf die Ambivalenzen einer Ausweitung des Arbeitsbegriffs über die Lohnarbeit hinaus verweist: vgl. dazu den Beitrag von Jürgen Kocka in diesem Band.

34 Rüdiger Hachtmann, *Industriearbeit im Dritten Reich. Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen 1933–1945*, Göttingen 1989, S. 90–160; vgl. auch: ders., *Vom „Geist der Volksgemeinschaft durchpulst“ – Arbeit, Arbeiter und die Sprachpolitik der Nationalsozialisten*, in: *zeitgeschichte-online*, Januar 2010, [<http://www.zeitgeschichte-online.de/zol-sprachpolitik-2010>], eingesehen 5.6.2014.

35 Fabian Dell, *Top Incomes in Germany Throughout the Twentieth Century: 1891–1998*, in: Alan B. Atkinson/Thomas Piketty (Hrsg.), *Top Incomes over the Twentieth Century. A Contrast between European and English-Speaking Countries*, Oxford 2007, S. 365–425, hier S. 376. Hingegen beschränkt sich Götz Aly auf die Untersuchung einiger Steuern und Abgaben, ohne ein differenziertes Bild von der Entwicklung der Primäreinkommen zu geben: Götz Aly, *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, Frankfurt a.M. 2005, insb. der Abschnitt „Gefälligkeitsdiktatur“, S. 49–90.

36 Hachtmann, *Industriearbeit*, S. 92–135.

unteren Hälfte der Einkommensskala von 1928 bis 1936 von 25 auf 18 % herab.³⁷ Mit der Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan über die Lohngestaltung vom 25. Juni 1938 legte Göring nun Höchstlöhne für bestimmte Bereiche fest, die nicht überschritten werden durften. Im Krieg weitete die NS-Führung dies durch die Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. September 1939 und die Durchführungsverordnung zur Verordnung über die Lohngestaltung vom 23. April 1941 weiter aus. Partiiell konnten Betriebe, wenn sie Arbeitskräfte gewinnen wollten, durch die Ausweitung betrieblicher Sozialpolitik andere Anreize schaffen, aber diese waren im Gegensatz zu tariflichen Löhnen keine einklagbaren und dauerhaften Festlegungen. Die makroökonomischen Daten belegen also deutlich, dass die Einkommensungleichheit im Nationalsozialismus bis Kriegsbeginn deutlich zunahm. Diese Daten waren den Arbeitern aber nicht zugänglich, für sie zählte vor allem, dass der Nationalsozialismus neue Arbeitsplätze geschaffen hatte und die Löhne sowie die Familieneinkommen gegenüber dem Tiefpunkt der Krise langsam stiegen.

2.2 Ausschluss aus der Leistungsgemeinschaft und „Erziehung zur Arbeit“

Die nationalsozialistische Volksgemeinschaft sollte nach dem Willen der NS-Führung auch und vor allem eine Leistungsgemeinschaft sein. Die menschliche Arbeitskraft sollte möglichst vollständig und umfassend zu Produktions- und Reproduktionszwecken genutzt werden. Wer nicht bereit war, seinen Beitrag zu erbringen, musste aus der Volksgemeinschaft ausgeschlossen werden. Diejenigen, die vermeintlich die Arbeit verweigerten, wurden in Arbeitshäuser, kommunale Fürsorgelager und auch in Konzentrationslager gesperrt, um sie mit Gewalt zur Arbeit zu „erziehen“. Wer als „unverbesserlich“ eingestuft wurde, den internierte man dauerhaft in einem Konzentrationslager.

Die Hervorhebung körperlicher Arbeit im Nationalsozialismus besaß demnach zugleich eine dunkle Seite. Denn „Handarbeit“ sollte auch in den Konzentrationslagern dazu erziehen, aus den Gegnern des NS-Regimes und „Arbeitscheuen“ loyale, fleißige „Volksgenossen“ zu machen. Gerade zu Beginn des NS-Regimes gab es etliche Zeitungsberichte über die Konzentrationslager, in denen immer wieder betont und mitunter mit Fotografien propagandistisch

³⁷ Werner Abelshauser, Germany: guns, butter, and economic miracles, in: Mark Harrison (Hrsg.), The economics of World War II. Six great powers in international comparison, Cambridge 1998, S. 122–176, hier S. 148.

unterstrichen wurde, dass die Häftlinge unter harten, aber nicht grausamen Bedingungen lernen würden, sich in die „Volksgemeinschaft“ einzufügen und mit ihrer Arbeit zum Wohl des großen Ganzen beizutragen. So berichtete die „Münchener Illustrierte Presse“ am 16. Juli 1933 in einem großen Artikel mit etlichen Fotografien über das Konzentrationslager Dachau und zeigte unter anderem ein Bild, auf dem mehrere Häftlinge eine Straßenwalze zogen. In der Bildunterschrift hieß es dazu:

Volkserführern denen der Begriff der Arbeit ihr Leben lang fremd geblieben ist, lernen ihn hier zum eigenen Nutzen kennen. Zum ersten Mal arbeiten sie produktiv in einer Gemeinschaft.³⁸

Arbeit hatte in den frühen Konzentrationslagern vor allem zwei Funktionen: Erziehung und Terror. Vor allem jüdische Häftlinge mussten eine besonders brutale Behandlung erleiden und häufig die schwersten, mitunter völlig sinnlosen Arbeiten verrichten: Arbeit als Strafe und Gewalttat. Harriet Scharnberg schildert in ihrem Beitrag, dass mit dem Überfall auf Polen im September 1939 und dem Einsatz von jüdischen Zwangsarbeitern im besetzten Polen eine breite antisemitische Kampagne in deutschen Zeitschriften begann, in der in Bildreportagen voller Hohn und Abscheu über „Juden lernen arbeiten“ berichtet wurde. Die Fotos sollten die Ungeschicktheit der Arbeitenden zeigen, die in unzweckmäßiger Kleidung, nur unbeholfen arbeiten konnten. Der Kontrast zu „deutschen Arbeitern“ war mit Absicht ins Bild gesetzt und sollte das Unvermögen der „jüdischen Rasse“ zu konstruktivem Aufbau offenbaren.³⁹

Aber auch die so genannten „Arbeitsscheuen“ gerieten mit Beginn des NS-Regimes in den Fokus der Verfolger. So berichtete der Lübecker Volksbote am 23. September 1933:

Süßes Nichtstun gefällt dem Unterstützungsempfänger Alfred Helms, der in Rellingen als Fürsorgearbeiter beschäftigt werden sollte, besser als Arbeit. [...] Nachdem er verschiedene Male ergebnislos aufgefordert worden war, die ihm zugewiesene Beschäftigung zu übernehmen, wurde er abgeholt und ins Konzentrationslager gebracht.⁴⁰

38 Zit. n.: Hans-Günter Richardi, *Schule der Gewalt. Das Konzentrationslager Dachau*, München/Zürich 1995, S. 200; vgl. auch: Paul Moore, „Man hat es sich viel schlimmer vorgestellt.“ *German Concentrations Camps in Nazi Propaganda, 1933–1939. Representation and Reception*, in: Christiane Heß/Julia Hörath/Dominique Schröder/Kim Wünschmann (Hrsg.), *Kontinuitäten und Brüche. Neue Perspektiven auf die Geschichte der NS-Konzentrationslager*, Berlin, 2011, S. 99–114.

39 Vgl. den Beitrag von Harriet Scharnberg in diesem Band.

40 Zit. n.: Moore, „Man hat es sich schlimmer vorgestellt“, S. 107.

In einer großen reichsweit angelegten Razzia, die von zahlreichen Zeitungen wie dem Lübecker Volksboten publizistisch unterstützt worden war, hatte die Polizei im September 1933 über zehntausend Menschen, die als Bettler, Obdachlose und Landstreicher angesehen wurden, kontrolliert, teilweise vor Gericht gebracht oder in ein Konzentrationslager verschleppt.⁴¹ Schon im Sommer hatten das Reichspropagandaministerium und das Reichsinnenministerium darauf gedrängt, gegen das „Bettelunwesen“, das das öffentliche Bild störe, polizeilich vorzugehen. Das bayrische Innenministerium erkannte dann im Oktober 1934 das KZ Dachau als Arbeitsanstalt im Sinne des § 20 der Reichsfürsorgepflichtverordnung an; die badische Regierung erklärte das Arbeitshaus Kislau, in dem auch ein Konzentrationslager existierte, zum Vollzugsort des fürsorgerechtlchen Arbeitszwanges.⁴²

Im Januar 1938 erteilte Himmler den Gestapostellen im Reich und dann auch in Österreich, das im März angegliedert worden war, den Befehl, so genannte „Arbeitsscheue“ zu verhaften und im KZ Buchenwald zu internieren. Diese Aktion, die etwa 1.500 Menschen ins Konzentrationslager brachte, war aber nur der Auftakt für eine größere Verhaftungswelle im Juni 1938. Dieses Mal erhielt jeder Leitstellenbezirk der Kriminalpolizei eine feste Quote, mindestens 200 arbeitsfähige, „asoziale“ Männer zu verhaften. Zusätzlich sollten alle männlichen Juden interniert werden, die jemals zu einer Haftstrafe von mindestens einem Monat verurteilt worden waren, was bei den geringsten Delikten möglich war. Die Polizei erfüllte das Soll um ein Dreifaches; insgesamt wurden zwischen 9.000 und 10.000 Männer verhaftet – unter ihnen 2.500 jüdische Häftlinge – und nach Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen gebracht.⁴³ Der Zweck der Internierung lag darin, die Häftlinge als Arbeitskräfte für den Ausbau der Lager und für die SS-eigenen Betriebe, insbesondere zur Herstellung von Ziegeln für die Baubranche, auszunutzen; zugleich sorgte das rassenbiologische Selektionskriterium für das gewünschte Ziel, „Asoziale“ aus dem deutschen „Volkkörper“ auszusondern.⁴⁴

41 Zur „Bettlerazzia“ siehe: Wolfgang Ayaß, „Asoziale“ im Nationalsozialismus, Stuttgart 1995, S. 20–41; Julia Hörath, Experimente zur Kontrolle und Repression von Devianz und Delinquenz. Die Einweisung von „Asozialen“ und „Berufsverbrechern“ in die Konzentrationslager 1933 bis 1937/38, Diss. FU Berlin, 2012, S. 163–388.

42 Vgl. den Beitrag von Julia Hörath in diesem Band.

43 Kim Wünschmann, Cementing the Enemy Category: Arrest and Imprisonment of German Jews in Nazi Concentration Camps, 1933–8/9, in: JContH 45 (2010) 3, S. 576–600.

44 Ayaß, „Asoziale“, S. 138–165; Christian Faludi (Hrsg.), Die „Juni-Aktion“ 1938. Eine Dokumentation zur Radikalisierung der Judenverfolgung, Frankfurt a.M./New York 2013.

3 Arbeit im Krieg (1939–1945)

3.1 Dienstverpflichtung, Arbeitserziehungslager und erste Zwangsarbeiter

Nachdem im Herbst 1936 im Deutschen Reich nahezu die Vollbeschäftigung erreicht worden war, entwickelte sich in einigen aufstrebenden Industriebereichen, wie z.B. in der Flugzeugindustrie, ein Arbeitskräfteengpass. Dieser wurde bis 1939 vor allem durch die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte, insbesondere aus Italien, und die Abwerbung aus anderen Wirtschaftsbereichen gelöst. Je näher der Krieg rückte, umso überzeugter war die politische Führung wie auch das Oberkommando der Wehrmacht, dass die Behebung von Arbeitskräfteengpässen nun noch viel weniger freien Marktkräften überlassen werden durfte. Vielmehr sollte eine sehr viel stärkere Lenkung und staatliche Mobilisierung erfolgen. Im Zuge dessen entwickelte sich der NS-Staat immer stärker hin zu einer Mobilisierungsdiktatur.

Bereits im Februar 1939 hieß es in einer Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan:

Die Durchführung unaufschiebbarer Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung darf durch Mangel an Arbeitskräften nicht gefährdet werden.⁴⁵

Bei Kriegsbeginn folgte die Verordnung über die Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels, die den Arbeitsämtern die vollkommene Überwachung aller Arbeitsmarktbewegungen ermöglichte. Die Einstellung von neuen Arbeitern war damit nun ebenso wie die Möglichkeit zum Arbeitsplatzwechsel von der Zustimmung des Arbeitsamtes abhängig.⁴⁶ Bis Ende 1939 griffen die Arbeitsämter rund 1,3 Millionen Mal zum Mittel der Dienstverpflichtung, in etwa 500 000 Fällen ging es dabei um Umstellungen in der Industrie zu Kriegsbeginn.⁴⁷ Da diese und die anderen zu Kriegsbeginn eingeführten Maßnahmen (Lohnkürzung, Arbeitszeitverlängerung, Streichung von Überstundenzuschlägen) in der Bevölkerung für erhebliche Missstimmung sorgten und die Umstellungsengpässe schnell überwunden werden konnten, nahm man die Maßnahmen zurück und

45 Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung vom 13. Februar 1939, in: RGBl. (1939) I, S. 206.

46 Verordnung über die Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels vom 1. September 1939, in: RGBl. (1939) I, S. 1685.

47 Vgl. den Beitrag von Karsten Linne in diesem Band.

verzichtete erst einmal darauf, die Arbeitseinsatzpolitik umfassender auf den Bedarf einer Kriegswirtschaft umzustellen.⁴⁸ Das von den Nationalsozialisten nun propagierte Ideal der „kämpfenden Volksgemeinschaft“, deren Mitglieder auf dem Weg zum angestrebten Sieg Opfer zu bringen hatten, erwies sich in der Praxis als nur bedingt durchsetzungsfähig. Dabei blieb die Frage, welche Opfer man der Bevölkerung meinte zumuten zu können, bis zum Kriegsende aktuell.

Zunehmender Zwang und wachsende Anforderungen mit Kriegsbeginn führten mancherorts auch zu einem Anstieg von Absentismus oder zu verlangsamten Arbeiten durch Teile der Arbeiterschaft. Auf diese Tendenzen reagierte das Regime mit äußerster Schärfe. Prägendster Ausdruck dessen war die Einrichtung von Arbeitserziehungslagern, die 1940 nach Absprachen zwischen SS und Wirtschaftsverbänden unter der Leitung regionaler Gestapostellen eingerichtet wurden. Dort wurden widerständige Arbeiter bis zu 56 Tage bei schwerster Zwangsarbeit und miserabelsten Lebensbedingungen inhaftiert. In einigen Lagern waren die Sterblichkeitsraten deutlich höher als in den Vorkriegs-Konzentrationslagern. Bis Kriegsende entwickelte sich ein nahezu flächendeckendes System von Arbeitserziehungslagern im Reich. Während zu Beginn die Mehrheit der Inhaftierten oft von deutschen Arbeitern gebildet wurde, waren später ausländische Zwangsarbeiter in der Überzahl.⁴⁹

Nach dem siegreichen Feldzug gegen Polen begann der Einsatz polnischer Kriegsgefangener. Zuerst nur kurzfristig geplant, wurde, als sich die NS-Führung für einen längerfristigen Einsatz polnischer Zivilarbeiter im Reich entschied, vor allem um den Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft zu beheben, ein rassistisches Sonderrecht für die polnischen Arbeiter geschaffen. Dieses sorgte für eine schlechte Bezahlung und sollte zugleich eine möglichst strikte Separierung von der deutschen Bevölkerung gewährleisten. Vor Ort blieb das Verhältnis zwischen den lokalen Bauern und den polnischen Arbeitern jedoch oft noch von der Tradition der langjährigen polnischen Wanderarbeit geprägt, wogegen NS-Parteiorganisationen mobilisierten und auch lokal die Durchsetzung deutschen Herrenmenschentums propagierten – ein Ziel, dem sie notfalls mit exemplarischem Terror Nachdruck verliehen.

48 Timothy W. Mason, Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1977, S. 295–299.

49 Gabriele Lotfi, KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich, Stuttgart 2000.

3.2 Der deutsche Arbeiter als Vorarbeiter Europas

Die euphorische Hochphase nationalsozialistischer Arbeitsplanung begann nach dem erfolgreichen Westfeldzug im Sommer 1940. In einer von der NS-Presse breit rezipierten Rede im September 1940 entwickelte Hans Kehrl, ein Textilindustrieller, der zum Redezeitpunkt Generalreferent für Sonderaufgaben im Reichswirtschaftsministeriums war und später eine zentrale Funktion in Speers Rüstungsministerium übernahm, seine Vorstellungen einer Kriegswirtschaft:

Den Konkurrenzkampf werden wir zum Segen aller beibehalten. Aber wir können nicht darauf warten, daß sozusagen die Kraft der Stärkeren den Schwächeren an die Wand drückt und zahllose kranke Betriebe Jahre und Jahrzehnte hindurch mitschleppt. Wir werden hier etwas schneller arbeiten, dem Konkurrenzkampf, dem Ausleseprozess durch sinnvolle Vereinbarungen nachhelfen müssen, um nicht kostbare Arbeitskräfte zu vergeuden, wo sie nicht benötigt werden, während sie auf anderen wichtigen Gebieten fehlen.⁵⁰

Wesentlicher Grund für die Notwendigkeit der staatlichen Beschleunigung kapitalistischer Destruktions- und Erneuerungsprozesse, die einen nationalsozialistisch geprägten Kriegsfordismus in Gang setzten,⁵¹ war bei Kehrl schon der Mangel an Arbeitskraft, und dies galt im besonderen Maße für die knapper werdende Verfügbarkeit männlicher deutscher Arbeitskräfte:

Im Großraum können die deutschen Arbeiter in Zukunft nur noch für hochwertige und bestbezahlte Arbeit, die den höchsten Lebensstandard ermöglicht, angesetzt werden; Produkte, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, werden wir in immer zunehmendem Maße den Randvölkern zur Produktion überlassen und überlassen müssen.⁵²

Während die deutschen Arbeiter mit Höchstlöhnen belohnt werden und auch die nord- und westeuropäischen Nationen qualifizierte industrielle Arbeit leisten sollten, wurde den slawischen Menschen harte körperliche Arbeit zugewiesen. Sie sollten zu Arbeitssklaven des von NS-Deutschland beherrschten Wirtschaftsraums werden.⁵³

50 Vortrag von Hans Kehrl vor der Industrie- und Handelskammer der Niederlausitz am 9.9.1940, abgedr. in: Reinhard Opitz (Hrsg.), Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945, Köln 1977, S. 777–789, hier S. 785.

51 Zum Begriff Kriegsfordismus: Rüdiger Hachtmann, Fordism and Unfree Labour: Aspects of the Work Deployment of Concentration Camp Prisoners in German Industry between 1941 and 1944, in: IRSH 55 (2010), S. 485–513.

52 Vortrag Kehrl am 9.9.1940, in: Opitz (Hrsg.), Europastrategien, S. 786.

53 1940 glaubte man noch an die Eroberung eines großen Kolonialreichs. Für dieses arbeiteten die nationalsozialistischen Planer Ideen für ein koloniales Arbeitsregime aus: Karsten Linne,

In der Praxis erwies sich jedoch die strikte Hierarchisierung in Europa nur bedingt als praktikabel, denn das Dritte Reich befand sich im Krieg und Arbeit war eine knappe Ressource. Darum ging es weniger um die Realisierung eines Ideals als vielmehr um den möglichst schnellen Einsatz von Arbeitskräften für den deutschen Kriegsbedarf. Zudem knüpfte man vielerorts an alte Arbeitstraditionen an, z.B. im vormals vom österreichischen Kaiserreich beherrschten Teil Südosteuropas.⁵⁴ Bis zum Jahr 1941 blieb das kontinentale Arbeitsregime der Nationalsozialisten insgesamt weitgehend Stückwerk. Letztlich hoffte man doch, die Arbeitskraftengpässe durch deutsche Männer aufgrund von Truppenreduzierungen nach schnell beendeten Feldzügen in den Griff zu bekommen. Nur bei einigen Engpässen und vor allem in der Landwirtschaft setzte man auf ausländische Arbeitskräfte. Ein zentral gelenktes europäisches Zwangsarbeitsregime war dabei erst in Ansätzen entstanden.

3.3 1941/42: Scheitern des Blitzkrieges und Aufbau eines zentral gelenkten europäischen Zwangsarbeitsregimes⁵⁵

Den zentralen Einschnitt in der deutschen Arbeitskräftepolitik während des Krieges bildet der Überfall auf die Sowjetunion. Erst nachdem der deutsche Blitzkrieg gegen die Sowjetunion im Herbst 1941 als gescheitert angesehen werden musste, wurden Arbeitskräfte endgültig zur knappen Ressource. Anstatt, wie bis November 1941 geplant, Soldaten von der Front in die Rüstungsproduktion zu entlassen, wollte man nun auch sowjetische Arbeiter zum Arbeitseinsatz ins Reich holen. Die gesamte Organisation der Kriegswirtschaft sollte zentralisiert werden, mit dem neu geschaffenen Reichsministerium für Bewaffnung und Munition unter Albert Speer im Mittelpunkt und der Einrichtung eines Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, zu dem Hitler den thüringischen Gauleiter Fritz Sauckel ernannte.

Das erklärte Ziel Sauckels war es, innerhalb kürzester Zeit für eine Massenrekrutierung ausländischer Arbeiter in die deutsche Rüstungswirtschaft zu sorgen. Anfangs glaubte man noch, dass die ausländischen Arbeiter freiwillig kommen würden, aber das Vorgehen der Rekrutierungsstäbe in den besetzten

„Weiße Arbeitsführer“ im „Kolonialen Ergänzungsraum“. Afrika als Ziel sozial- und wirtschaftspolitischer Planungen in der NS-Zeit, Münster 2002.

⁵⁴ Vgl. den Beitrag von Sabine Rutar in diesem Band.

⁵⁵ Für eine Problematisierung der Begriffe Zwangsarbeit und unfreie Arbeit vgl. die Beiträge von Christoph Thonfeld und Marc Buggeln in diesem Band.

Gebieten führte rasch dazu, dass die freiwilligen Meldungen dramatisch abnahmen und die Deutschen zur offenen Zwangsrekrutierung übergingen. Sauckel meldete, dass sein Stab in den ersten acht Monaten seines Einsatzes (bis Ende November 1942) etwa 2,7 Millionen Arbeitskräfte ins Reich geschafft habe.⁵⁶

Die ausländischen zivilen Arbeiter machten den bedeutendsten Zugewinn für die deutsche Kriegsproduktion aus. Daneben holte man jedoch auch Millionen sowjetischer Kriegsgefangener ins Reich. Zudem einigten sich bereits im März 1942 Speer und Himmler darüber, dass fortan auch KZ-Häftlinge in der Rüstungsindustrie eingesetzt werden sollten, die ab dem Herbst 1942 in Außenlager in der Nähe von Fabriken transportiert wurden. Fast gleichzeitig versprach das Justizministerium 1942, mehr Häftlinge aus den Justizvollzugsanstalten für die Kriegsproduktion zur Verfügung zu stellen und sich stärker um eine entsprechende Ausbildung der Insassen zu kümmern.⁵⁷

3.4 Vom Massenmord und -sterben zur Leistungsernährung

Die Wirtschaftsführer des Reiches hatten 1941 erkannt, dass ein möglicher Mangel an Arbeitskräften eine zentrale Gefahr für die Fortführung des Krieges bildete. Dennoch dominierte bei vielen Verantwortlichen Rassismus und Herrenmenschentum während die Effizienz des Zwangsarbeitereinsatzes für sie von weit geringerer Bedeutung war. Bis zum Sommer 1942 finden sich immer wieder Aussagen, die das Leiden und Sterben unterschiedlicher Kategorien von Zwangsarbeitern eher befürworteten und den Erhalt der Arbeitskraft hintanstellten.

Am eindeutigsten dominierte die Vernichtungspolitik gegenüber der jüdischen Bevölkerung Europas. Im Protokoll der Wannseekonferenz hieß es im Januar 1942:

In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird.

⁵⁶ Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländereinsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1999, S. 182–209.

⁵⁷ Wachsmann, Gefangen unter Hitler. Justizterror und Strafvollzug im NS-Staat, München 2006, S. 241.

Auch gegen andere Gruppen wurde unverhohlen eine Politik der „Vernichtung durch Arbeit“ gefordert. Im Herbst 1942 schlug Joseph Goebbels dem neu ernannten Justizminister Thierack vor:

Hinsichtlich der Vernichtung asozialen Lebens steht Dr. Goebbels auf dem Standpunkt, daß Juden und Zigeuner schlechthin, Polen, die etwa 3 bis 4 Jahre Zuchthaus zu verbüßen hätten, Tschechen und Deutsche, die zum Tode, lebenslangem Zuchthaus oder Sicherungsverwahrung verurteilt wären, vernichtet werden sollten. Der Gedanke der Vernichtung durch Arbeit sei der beste.⁵⁸

In der Vereinbarung zwischen Thierack und Himmler wurde dieser Vorschlag wenig später konkrete Politik.⁵⁹ Über sein Abkommen mit Himmler schrieb Thierack an Bormann:

Unter dem Gedanken der Freimachung des deutschen Volkskörpers von Polen, Russen, Juden und Zigeunern [...] beabsichtige ich, die Strafverfolgung gegen Polen, Russen, Juden und Zigeuner dem Reichsführer SS zu überlassen. Ich gehe hierbei davon aus, daß die Justiz nur in kleinem Umfang dazu beitragen kann, Angehörige dieses Volkstums auszurotten.⁶⁰

In den Kriegsgefangenenlagern im Reich selektierte die SS alle Kriegsgefangenen, die sie als „untragbare Elemente“ ausmachte – mindestens 38.000 Menschen, die dann in einem Konzentrationslager ermordet wurden.⁶¹ Doch auch für die übrigen war die Lage katastrophal. Im Reichsgebiet starben von Mitte Juli 1941 bis Mitte April 1942 mit mindestens 227.000 sowjetischen Kriegsgefangenen etwa die Hälfte der ins Reich Transportierten.⁶²

Im Laufe des Jahres 1942 setzten sich jedoch zunehmend jene Stimmen durch, die zumindest den Arbeitseinsatz von polnischen und sowjetischen Zwangsarbeitern während des Krieges für unverzichtbar und eine Anpassung

58 Aufzeichnung Thieracks über ein Gespräch mit Goebbels am 14.9.1942, in: StAN, PS-682. Auch: Jens-Christian Wagner, Das Außenlagersystem des KL Mittelbau-Dora, in: Ulrich Herbert/Karin Orth/Christoph Dieckmann, Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, Bd. II, S. 707–729, hier S. 720.

59 Aufzeichnung Thierack über ein Gespräch mit Himmler vom 18.9.1942, in: StAN, PS-654, abgedr. in: IMT, Bd. XXVI., S. 200–202.

60 Schreiben Thierack an Bormann vom 13.10.1942, in: StAN, PS-1063(a), abgedruckt in: IMT, Bd. XXVI., S. 697–699.

61 Reinhard Otto, Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42, München 1998, S. 264–268.

62 Rolf Keller, Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich 1941/42. Behandlung und Arbeitseinsatz zwischen Vernichtungspolitik und kriegswirtschaftlichen Zwängen, Göttingen 2011, S. 436.

der Behandlung an wirtschaftliche Notwendigkeiten für unumgänglich hielten. Dies führte dazu, dass das Oberkommando der Wehrmacht ab März 1942 schrittweise die Ernährungssätze für sowjetische Kriegsgefangene verbesserte und damit langsam die Sterblichkeit reduzierte.⁶³ Auch in den großen Ghettos in Osteuropa hielten einige Vertreter von Besatzungsregime und Wirtschaft selbst die Arbeitskraft der jüdischen Insassen zunehmend für wichtiger für die Kriegswirtschaft. Doch handelte es sich im Regelfall lediglich um einen temporären Aufschub der Ermordung; nur in wenigen Fällen bedeutete die „Rettung durch Arbeit“, wie es der Judenratsvorsitzende Rumkowski im Ghetto Litzmannstadt/Łódź formulierte, tatsächlich ein Entrinnen vor der Vernichtung.⁶⁴ Auch im KZ-System galt es nun, die Arbeitskraft der Häftlinge besser für die deutsche Kriegswirtschaft auszunutzen. Doch da es an ausreichender Nahrung mangelte, war man bereit, die Leistungsschwächeren dem Untergang preiszugeben. Ausreichende Leistung konnte nun Schutz bieten, doch auch dies keineswegs immer, wie sich etwa während der Bauphase des KZ Mittelbau-Dora zeigte. Dort mussten KZ-Häftlinge den Bau der Stollenanlage für die V2-Produktion unter solch katastrophalen Bedingungen schnell vorantreiben, dass auch leistungsstarke Häftlinge in großer Zahl starben. Weil hier nur die schnelle Fertigstellung zählte, konnte die SS trotz der Toten auf den Beifall der NS-Oberen, u.a. von Rüstungsminister Speer, hoffen. Arbeit und Vernichtung gingen Hand in Hand, ohne dass es einen Disput darüber in den beteiligten Stellen gegeben hätte.⁶⁵

Ihren prägendsten Ausdruck fand die zunehmende Rationalisierung und Ökonomisierung des Zwangsarbeitereinsatzes in den arbeitsphysiologischen Versuchen, Arbeitsleistung in Korrelation zur Ernährung zu optimieren. Hierbei entwickelte die oberschlesische Industrie die Idee, alle Nahrungszulagen nur noch an jene Zwangsarbeiter auszugeben, die Höchstleistungen erbrachten.⁶⁶ Dies wurde Ende 1943 vom Rüstungsministerium aufgegriffen und man empfahl, „durch die Ausgabe von zweierlei Essen den schlechter arbeitenden Teil der Kriegsgefangenen zu erziehen bzw. zu strafen“⁶⁷. Führender Fachmann auf dem Gebiet der Ernährungsphysiologie war Prof. Heinrich Albrecht Kraut, Abteilungsleiter im Kaiser-Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie, der 1944 dann

63 Vgl. die Beiträge von Jens-Christian Wagner und Stefan Hördler in diesem Band.

64 Vgl. den Beitrag von Andrea Löw in diesem Band.

65 Jens-Christian Wagner, *Die Produktion des Todes. Das KZ Mittelbau-Dora*, Göttingen 2001; Marc Buggeln, *Arbeit & Gewalt. Das Außenlagersystem des KZ Neuengamme*, Göttingen 2009.

66 Dietrich Eichholtz, *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft*, 3 Bde., Berlin 1969/1985/1996, hier: Bd. II., S. 276–279.

67 Rundschreiben des RMRuK vom 23.12.1943, in: BAB, R 3/1818.

Versuche zur „Leistungsernährung“ an Zwangsarbeitern durchführte.⁶⁸ Rüdiger Hachtmann ist zweifellos zuzustimmen, dass es sich bei den Kraut'schen Versuchen um „Hungern nach dem Leistungsprinzip unter wissenschaftlicher Aufsicht“⁶⁹ handelte. Zur umfassenden Umsetzung der Versuche kam es aufgrund des nahenden Kriegsendes nicht mehr, doch ab Ende 1944 war die Leistungsernährung in ihrer groben Form beim Umgang mit Ostarbeitern zur Standardpraxis in vielen Industriebetrieben geworden.⁷⁰

3.5 Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen: Zwischen totaler Überarbeitung, Bombenkrieg und Machtangeboten

Während die Erfahrungen und das Verhalten der deutschen Arbeiter in der Vorkriegszeit häufig untersucht wurden, blieben die Kriegserfahrungen lange Zeit ein kaum beachtetes Forschungsfeld.⁷¹ Aus den wenigen Studien geht aber deutlich hervor, dass nach der Rücknahme der ersten Kriegserlasse die Bedingungen für Arbeiter im Reich bis Ende 1941 vergleichsweise stabil blieben. Umfassender wirkte sich der Krieg auf die im Reich gebliebenen Arbeiterinnen und Arbeiter erst ab 1942 aus. Der neu eingesetzte Rüstungsminister Albert Speer unterstützte generell die Forderungen aus Industrie und Wehrmacht, die deutschen Arbeiter in stärkerem Maße den Härten der Kriegswirtschaft auszusetzen, und stieß dabei auf den Widerstand von NS-Funktionären, die weiterhin den Zusammenbruch der inneren Front fürchteten. Auch erste Versuche, deutsche Frauen ab 1943 in stärkerem Maße zur Arbeit in der Rüstungsindustrie zu verpflichten, führten nur zu partiellen Erfolgen. Die von den Planern erhofften Zahlen an berufstätigen Frauen konnten zu keiner Zeit erreicht werden, was auch daran lag, dass der Anteil von Frauenarbeit in der deutschen Wirtschaft –

68 Siehe dazu den Beitrag von Irene Raehlmann in diesem Band sowie Eichholtz, *Geschichte*, Bd. III., S. 246–266.

69 Rüdiger Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 2 Bde. Göttingen 2007, Bd. 2, S. 937.

70 Adam Tooze, *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*, München 2007, S. 611; Mark Spoerer, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945*, Stuttgart 2001, S. 129f.

71 Ein Grund hierfür dürfte sein, dass die für die Vorkriegszeit umfangreich genutzte Quelle der *Sopade-Berichte* 1940 versiegt. Die Pionierstudie zum Thema ist: Wolfgang Franz Werner, *„Bleib übrig“*. Deutsche Arbeiter in der Kriegsgesellschaft, Düsseldorf 1983. Für diese Einleitung konnte leider noch nicht auf das Werk von Michael Schneider, *In der Kriegsgesellschaft. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1939–1945*, Bonn 2014, zurückgegriffen werden.

vor allem in der Landwirtschaft, weniger in der Industrie – schon früh vergleichsweise hoch gewesen war.⁷² Insgesamt sank die Zahl der deutschen Arbeitskräfte im Reich von 39 Millionen 1939 auf 29 Millionen 1944, was vor allem der Rekrutierung durch die Wehrmacht geschuldet war.⁷³ Dagegen ging der Zuwachs an Arbeitskräften von Mai 1942 bis Mai 1944 bis zu etwa 90 Prozent auf ausländische Arbeitskräfte und nur zu etwa zehn Prozent auf deutsche Arbeitskräfte zurück.⁷⁴ Ohne den massiven Zustrom ausländischer Zwangsarbeiter hätte die deutsche Rüstungswirtschaft deswegen ab 1942 kaum noch aufrecht erhalten werden können.

Obwohl die NS-Führung es vermied, deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern besondere Härten zuzumuten, nahmen die Belastungen ab 1942 zu. In der Industrie wurden 60-Stunden-Wochen zum Normalfall, und bei Sonderprogrammen wie etwa dem Adolf-Hitler-Panzerprogramm wurden auch von deutschen Arbeitern mitunter 72-Stunden-Wochen verlangt.⁷⁵ Dies führte dazu, dass die Kräfte der Arbeiter zunehmend schwanden. Selbst Industrielle wie Walter Rohland mussten zugeben, dass die physischen Kräfte der deutschen Arbeiter für diese Anstrengungen mitunter nicht mehr ausreichten.⁷⁶

Zu einer ständigen Bedrohung insbesondere für die Arbeiterschaft in den deutschen Großstädten entwickelte sich ab 1942 der alliierte Bombenkrieg. Von den britischen Flächenbombardements wurden insbesondere die großstädtischen Wohnflächen getroffen; deutsche Arbeiterinnen und Arbeiter verloren dabei oft ihr Heim und wurden zwischenzeitlich in Lagern, dann in Behelfswohnbauten untergebracht. Beständig stand die Frage im Raum, inwieweit Kinder oder Frauen und Kinder die Stadt verlassen sollten, wobei die Mehrheit der Familien dazu tendierte, lieber gemeinsam in der Gefahr auszuharren, um die Familie als stabile Kerneinheit in einer sich langsam auflösenden Gesellschaft zu bewahren.⁷⁷

72 Tooze, *Ökonomie*, S. 591–593; Abelshausen, *Germany: guns, butter, and economic miracles*, S. 162.

73 Eichholtz, *Geschichte*, Bd. II, S. 259.

74 Ebd., S. 235.

75 Werner, „Bleib übrig“, S. 241–256; Hachtmann, *Industriearbeit*, S. 244.

76 Eichholtz, *Geschichte*, Bd. II., S. 261.

77 Dietmar Süß, *Tod aus der Luft. Kriegsgesellschaft und Luftkrieg in Deutschland und England*, München 2011, insb. Kapitel VI und VII; Ralf Blank, *Kriegsalltag und Luftkrieg an der „Heimatfront“*, in: *Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. IX/I, Stuttgart 2004, S. 357–461; Nicole Kramer, *Volksgenossinnen an der Heimatfront. Mobilisierung, Verhalten, Erinnerung*, Göttingen 2011, S. 247–306.

Für Frauen bot der Krieg neue Arbeitsmöglichkeiten.⁷⁸ Dabei verwischten mitunter die Grenzen zwischen weiblicher und männlicher Arbeit stärker, als dies die nationalsozialistische Ideologie hätte erwarten lassen. Viele Frauen übernahmen im Luftschutz klassische Männerarbeit.⁷⁹ Ab Juli 1943 durften Frauen auch Flakgeschütze bedienen, und die Wehrmacht setzte etwa 500.000 Helferinnen ein.⁸⁰ Gegen Kriegsende stand sogar der Einsatz eines Frauenbataillons kurz bevor.⁸¹ Auch beim Einsatz im besetzten Osteuropa boten sich den zumeist jungen Frauen neue Karrieremöglichkeiten. Als Reichsdeutsche genossen sie dort viele Privilegien und erhielten mitunter deutliche Lohnzuschläge. Zumeist füllten sie die sozialpflegerischen und pädagogischen Arbeiten zur Aufrechterhaltung der deutschen Herrschaft aus.⁸² Auch wenn die Frau vielerorts tatsächlich als Kämpferin auftrat, wurde dieses Bild von der nationalsozialistischen Propaganda kaum bedient, weil es die Grenzen von Männlichkeit und Weiblichkeit zu stark verwischte. In der Propaganda blieb das Bild der Mutter vorherrschend. Es wurde ergänzt von einer Figur, die das Mütterliche und das Kämpferische verband: die Kameradin.⁸³

3.6 Arbeit an den Fronten der Gewalt: Krieg & Töten

Insgesamt waren bis 1945 17 Millionen deutsche Männer in der Wehrmacht eingesetzt gewesen. Von der männlichen deutschen Arbeiterbevölkerung, die 1939 aktiv war, wurden bis Kriegsende mindestens zehn Millionen zur Wehrmacht eingezogen, unter ihnen mindestens drei Millionen Industriearbeiter. Omer Bartov betonte 1990 zu Recht, dass die Frage, was dies für die Weltanschauung von Arbeitern bedeutete, lange Zeit kaum erforscht wurde.⁸⁴ Die neuere For-

78 Vgl. dazu auch den Beitrag von Nicole Kramer in diesem Band.

79 Kramer, Volksgenossinnen, S. 103–180.

80 Franka Maubach, *Die Stellung halten. Kriegserfahrungen und Lebensgeschichten von Wehrmachtshelferinnen*, Göttingen 2009.

81 Sybille Steinbacher, *Frauen im Führerstaat*, in: Winfried Süß/Dietmar Süß (Hrsg.), *Das „Dritte Reich“. Eine Einführung*, München 2008, S. 103–119, hier S. 114. *Gefangene deutschen Soldaten, denen die Alliierten von diesen Plänen berichteten, äußerten darüber ihre tiefste Abscheu: Sönke Neitzel/Harald Welzer, Soldaten. Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben*, Frankfurt a.M. 2011.

82 Elisabeth Harvey, *Women and the Nazi East. Agents and Witnesses of Germanization*, New Haven 2003.

83 Kramer, *Volksgenossinnen*, S. 343.

84 Omer Bartov, *The Missing Years: German Workers, German Soldiers*, in: *German History* 8 (1990), S. 46–65.

schung und insbesondere das Projekt zur Erforschung der britischen und US-amerikanischen Abhörprotokolle von deutschen Kriegsgefangenen hat jedoch einige dieser Lücken schließen können.⁸⁵ Ziemlich einhellig wird inzwischen davon ausgegangen, dass in der Wehrmacht ein Geist der Kameradschaft vorherrschte. Politische Kategorien wie „Nazi“ oder „Anti-Nazi“ spielten ebenso wie politische Diskussionen kaum eine Rolle. Dies führte aber keineswegs zu Neutralität. Es dominierten patriotische, nationale und militärische Werte. Die Loyalität zum deutschen Staat und zur deutschen Nation stand für die meisten nicht in Frage. Die Zustimmungsraten zu Hitler blieben bis in das Frühjahr 1945 hinein hoch, allerdings zeigten sich Differenzierungen nach dem Alter. Während die Zustimmung bei den vor 1916 Geborenen bei nur knapp über 50 Prozent lag, kam Hitler bei den nach 1923 Geborenen auf 74 Prozent. Auch auf die Dauer der militärischen Sozialisation kam es an: Tendenziell übernahmen die Soldaten militärische Werte, je länger sie in der Wehrmacht dienten. Wirklich resistent gegenüber Nationalsozialismus und Militarismus zeigten sich vor allem die Kerne des katholischen und des arbeiterbewegten Milieus.⁸⁶

Alf Lüdtke hat schon vor längerer Zeit darauf hingewiesen, dass die Wehrmachtssoldaten ihre militärische Tätigkeit oft mit ihrem früheren Berufsleben in Verbindung brachten. Krieg und auch Töten wurde in Briefen und Tagebüchern häufig mit Metaphern und Terminologien des Arbeitslebens in Verbindung gebracht. Krieg erschien vielen als eine etwas andere Form der Arbeit, mitunter auch als deutsche Qualitätsarbeit. Die Interpretation von gewalttätigen Verbrechen als Arbeit erlaubte dabei häufig die Einordnung und Bewältigung dieser Taten.⁸⁷ In einem neueren Aufsatz betont Lüdtke zudem die Übereinstimmungen und Überschneidungen, die es zwischen militärischer Kameradschaft und Kollegialität in industriellen Arbeitsprozessen und auch zwischen militärischem und industriellem Drill gab.⁸⁸ Die neuere Forschung hat diese Anregungen in-

85 Felix Römer, *Kameraden. Die Wehrmacht von innen*, München 2012; Neitzel/Welzer, *Soldaten*; Klaus Latzel, *Deutsche Soldaten – nationalsozialistischer Krieg? Kriegserlebnis – Kriegserfahrung 1939–1945*, Paderborn 1998. Martin Humbug, *Das Gesicht des Krieges. Feldpostbriefe von Wehrmachtssoldaten aus der Sowjetunion 1941–1944*, Opladen 1998; Omer Bartov, *Hitlers Wehrmacht. Soldaten, Fanatismus und die Brutalisierung des Krieges*, Reinbek 1995; Thomas Kühne, *Kameradschaft. Die Soldaten des nationalsozialistischen Krieges und das 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006.

86 Römer, *Kameraden*, S. 151.

87 Alf Lüdtke, *The Appeal of Exterminating „Others“: German Workers and the Limits of Resistance*, in: *JModH* 64 (1992), S. 46–67, insb. S. 61–67.

88 Alf Lüdtke, *War as Work. Aspects of Soldiering in Twentieth-Century Wars*, in: ders./Bernd Weisbrod (Hrsg.), *No Man's Land of Violence. Extreme Wars in the 20th Century*, Göttingen 2006, S. 127–152, hier S. 138f. u. 142f.

zwischen häufiger aufgegriffen und in der Tendenz bestätigt und ausdifferenziert. Felix Römer betont anhand der Auswertung von Verhörprotokollen deutscher Kriegsgefangener, dass die vormaligen Soldaten nach wie vor äußerst intensiv über Maschinen und Technologien diskutierten, wobei sie sich als Arbeiter an den Maschinen verstanden. Häufig sprachen die Soldaten davon „Tag und Nacht geschafft“, einen „Haufen Arbeit“ erledigt zu haben.⁸⁹ Selbst Kombattanten, die sich nicht als Militärs verstanden, konnten von hohem Nutzen für die Wehrmacht sein, weil sie ihren Arbeitsethos einbrachten: „Ich war nie Soldat [...] Ich habe meine Pflicht getan als Soldat, und meine Arbeit gemacht.“⁹⁰ Die hohe Wertschätzung der Arbeit, die die Deutschen meinten bei sich erkennen zu können, rechtfertigte auch die Gewalt gegen Andere, insbesondere gegen „Juden“ und „Russen“, die man für „arbeitsscheu“ oder arbeitsunfähig hielt.⁹¹

3.7 Sammlung der Stamarbeiter für den Nachkrieg und Tötung oder Abschiebung der zwangsarbeitenden Anderen

Der Krieg war für Deutschland aufgrund der Übermacht der alliierten Kräfte schon seit 1943 kaum mehr zu gewinnen. Trotzdem hatte sich in Speers Rüstungsministerium und auch in Teilen der Rüstungsindustrie im Frühjahr 1944 ein optimistischer Ton gehalten. Diese Stimmung begann im Sommer 1944, nach der alliierten Landung in der Normandie, zusammenzubrechen. Speer und Hitler begannen Mitte August 1944, über einen resignativen Plan für einen „Minimal-Wirtschaftsraum“ zu diskutieren.⁹² Im Oktober 1944 brach durch die Bombardierungen der Schiffs- und Eisenbahnverkehr zwischen der Ruhr und dem Rest Deutschlands kurzfristig fast gänzlich zusammen. So begann im Herbst 1944 die finale Agonie Nazi-Deutschlands und seiner Rüstungswirtschaft. An eine Steigerung der Rüstungsproduktion war nicht mehr zu denken,

⁸⁹ Zit. n.: Römer, Kameraden, S. 139.

⁹⁰ Zit. n.: ebd., S. 114.

⁹¹ Sven Oliver Müller, Deutsche Soldaten und ihre Feinde. Nationalismus an Front und Heimatfront im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt a.M. 2007, S. 170–175, sowie den Beitrag von Harriet Scharnberg in diesem Band.

⁹² Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 55.

möglich waren nur noch das notdürftige Zusammenhalten einer Restproduktion und Appelle an den Durchhaltewillen der Soldaten und der Bevölkerung.⁹³

Seit dem Sommer 1944 flohen immer mehr Zwangsarbeiter aufgrund der weiter zunehmenden Bombardierungen aus ihren Unterkünften und versuchten, sich auf eigene Faust in den halb zerstörten Städten durchzuschlagen, wobei Plünderungsmeldungen im Reich zunahm. Diese Meldungen führten zu einer drastischen Verschärfung der Repression. Anfang November 1944 gestattete das RSHA per Erlass den Gestapostellen, ohne Rücksprache eigenverantwortlich Exekutionen von Ostarbeitern und Polen durchzuführen. Im Frühjahr 1945 wurde der Erlass auch auf westeuropäische Zwangsarbeiter ausgeweitet.⁹⁴ Während größer angelegte Massenerschießungen vor allem in nahe gelegenen Waldgebieten oder in Arbeitserziehungslagern stattfanden, erschoss die Gestapo häufiger auch einzelne Zwangsarbeiter vor den Augen der Bevölkerung.⁹⁵ Dies führte schließlich auch dazu, dass die deutsche Bevölkerung zum Teil selbst zur Ermordung ergriffener Zwangsarbeiter schritt. In einzelnen Städten entstand ein Klima der Lynchjustiz.⁹⁶ Vielerorts mündete die staatspolizeiliche Selbstjustiz in den letzten Tagen vor der Einnahme in einen Amoklauf gegen Zwangsarbeiter, der nur noch durch die Eroberung der jeweiligen Stadt durch alliierte Truppen gestoppt werden konnte.⁹⁷

Derweil begann sich die deutsche Industrie angesichts des alliierten Vorrückens langsam auf die Nachkriegszeit einzurichten. Die Unternehmer wollten die Substanz ihrer Unternehmen retten und eine möglichst gute Ausgangslage herstellen. Die Produktion sollte weiter betrieben werden, um die deutschen

93 Rolf-Dieter Müller, Der Zusammenbruch des Wirtschaftslebens und die Anfänge des Wiederaufbaus, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. X/II, Stuttgart 2008, S. 55–200.

94 Herbert, Fremdarbeiter, S. 381.

95 Bernd A. Rusinek, Gesellschaft in der Katastrophe. Terror, Illegalität, Widerstand – Köln 1944/45, Essen 1989, S. 341–391; Lotfi, KZ der Gestapo, S. 274. Genereller zu den Endphaseverbrechen: Ian Kershaw, Das Ende. Kampf bis in den Untergang NS-Deutschland 1944/45, München 2011; Sven Keller, Volksgemeinschaft am Ende. Gesellschaft und Gewalt 1944/45, München 2013, wobei beide bei ähnlichem Ausgangsmaterial zu recht konträren Ergebnissen kommen: Kershaw sieht ab 1944 eine zunehmende Abwendung der Gesellschaft von Hitler und geht davon aus, dass das Durchhalten und die Gewalt vor allem durch das Charisma Hitlers und den mangelnden Widerstand gegen diesen in den Führungseliten begründet liegt. Keller geht dagegen davon aus, dass die Gewalt bei Kriegsende eine im Kern noch existierende Volksgemeinschaft zeigt, die sich bei den gemeinschaftlich begangenen Verbrechen gegen Andere noch ein letztes Mal manifestiert.

96 Herbert, Fremdarbeiter, S. 382–383.

97 Lotfi, KZ der Gestapo, S. 310.

Arbeiter an ihren Plätzen zu halten. Auf diese Weise wollte man sicherstellen, dass dieses zentrale Betriebskapital im Frieden sofort wieder zur Verfügung stand.⁹⁸ Parallel dazu planten die Unternehmer die langsame Entfernung von Zwangsarbeitern und insbesondere von KZ-Häftlingen aus den Betrieben. Erstens sollten so Aufstände von Zwangsarbeitern in den Betrieben verhindert werden. Zweitens wollte man gegenüber der Besatzungsmacht nicht als Sklavenhalter dastehen. Die Reichsgruppe Industrie verhandelte ab dem Januar 1945 verstärkt über dieses Thema. Sie unterrichtete die regionalen Handelskammern bereits Mitte Januar über ihr Konzept zur Neuzusammensetzung der Belegschaften.⁹⁹ Als Ziel formulierte die Reichsgruppe: „Die Betriebe müssen das Recht erhalten, z.B. die KZ-Häftlinge, Juden und Kriegsgefangenen an die zuständigen Dienststellen (Stalag, Gestapo, Arbeitsamt) zurückzugeben.“¹⁰⁰ In der Folge bemühten sich die staatlichen Stellen, die Wünsche der Industrie soweit wie möglich zu erfüllen. So wurde versucht, Niederländer, Ungarn, Tschechen, Slowaken, Norweger und Dänen in ihre Herkunftsländer abzuschieben.¹⁰¹ Am wichtigsten war es der Industrie jedoch, die KZ-Häftlinge an die SS zurückzugeben. Mit diesem Ansinnen konnte sich die Industrie letztlich beim SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt durchsetzen, so dass die Betriebe, wann immer sie wollten, KZ-Häftlinge in die bereits völlig überbelegten Hauptlager zurücküberstellen konnten, womit sie die Häftlinge mehr oder weniger wissentlich dem Tod auslieferten. Denn seit dem Herbst 1944 hatte sich die Situation in den Konzentrationslagern drastisch verschlechtert. Nicht allein die Todesmärsche, auf denen die Häftlinge massenhaft erschossen wurden oder aufgrund von Erschöpfung, Krankheit und Hunger zu Grunde gingen, ließen die Todeszahlen in die Höhe schnellen. Da die Lager im Osten geräumt worden und die Häftlinge in die KZ des Reichsgebietes getrieben worden waren, waren die Hauptlager vollkommen überbelegt. Aufgrund dieser grausigen Umstände erlebten von den im Dezember 1944 registrierten 714.000 KZ-Häftlingen vermutlich etwa ein Drittel das Kriegsende nicht mehr.

98 Dies stand mitunter in Konflikt zu der zunehmenden Heranziehung der verbliebenen Arbeiter zum Volkssturm oder zu Schanzarbeiten: Werner, „Bleib übrig“, S. 338–350.

99 Niederschrift über die Sitzung der Industrie-Abteilungen der nordwestdeutschen Gauwirtschaftskammern am 15./16.1.1945 in Hamburg, in: Staatsarchiv Hamburg, 621–1, 125.

100 Besprechungsvorlage der Reichsgruppe Industrie für eine Sitzung am 8.2.1945, in: R 121/339. Ähnlich heißt es auch in einem Entwurf von Prof. Friedrich für die Reichswirtschaftskammer vom 13.2.1945, in: ebd.

101 Eichholtz, Geschichte, Bd. III, S. 651.

4 Fazit: Eine rassistisch und sozial segregierte Leistungsgemeinschaft unter dem Vorzeichen restloser Verwertung

Arbeit besaß für den Nationalsozialismus einen zentralen Stellenwert. In Hitlers rassistischer Weltsicht ordneten sich die Rassen nach ihrer Arbeitskompetenz. Während die nordischen „Arier“ aufgrund der harten Umweltbedingungen gelernt hätten, uneigennützig zu arbeiten und Kultur und Staat aufzubauen, wären die „Juden“ stets Schmarotzer geblieben und unfähig zu produktiver Arbeit. Zugehörigkeit zur nationalsozialistischen Volksgemeinschaft war nur durch den Nachweis rassistischer Reinheit und erbbiologischer Gesundheit gewährleistet; den angemessenen Platz erhielt jeder Volksgenosse und jede Volksgenossin durch die eigene Arbeitsleistung. Die Mobilisierung jedes einzelnen zur Optimierung des ganzen Volkskörpers war das Gebot, dem sich jedwede individuellen Interessen unterzuordnen hatten. Die nationalsozialistische Volksgemeinschaft sollte nach dem Willen ihrer Vordenker eine Leistungsgemeinschaft sein. Die menschliche Arbeitskraft galt es möglichst vollständig und umfassend zu Produktions- und Reproduktionszwecken zu nutzen. Wer nicht bereit war, seine Leistung zu erbringen, musste aus der Volksgemeinschaft ausgeschlossen werden.

Die ideologischen Konzepte, auf denen diese Weltsicht beruhte, waren keineswegs neu. Dass Arbeit gleichermaßen Zwang wie Erziehung bedeutet, bildete bereits den Grundsatz der Arbeitshäuser in der Vormoderne. Menschen nach ihrer Arbeitskraft zu bewerten, lag konzeptionell der nationalökonomischen Arbeitswertlehre zugrunde, die auch Karl Marx für seine Werttheorie übernahm. Arbeit als Grundlage allen Wertschaffens stellte das weltanschauliche Fundament nicht nur der bürgerlichen Gesellschaft, sondern auch der Arbeiterbewegung dar, die daraus ihren Anspruch auf Gleichbehandlung ableitete. Allerdings waren damit zugleich diejenigen ausgeschlossen, die, aus welchen Gründen auch immer, sich einer Arbeit entzogen oder, mit Paul Lafargue, ein Recht auf Faulheit postulierten.

Die sozialrassistische Konzeption der Arbeit korrespondierte durchaus mit jenen utilitaristischen Programmen, die nur Menschen, die arbeiteten, einen Anspruch auf staatliche Wohlfahrtsleistungen zubilligten und Zuwendungen nicht mehr allein von Bedürftigkeit abhängig machen wollten. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen – so ließ sich schon beim Apostel Paulus in der Bibel lesen. Die strikte Korrelation zwischen Erwerbsarbeit und Leistungsansprüchen prägte die Sozialpolitik lange vor 1933 (und auch nach 1945).

Das NS-Regime verschärfte diese Praxis durch rassistische Kriterien, die jüdische Erwerbstätige aus der Wohlfahrtspolitik ausschlossen und ihre erworbenen Rentenansprüche annullierten. Arbeit war nun nicht mehr gleich Arbeit; eine zentrale Forderung der Arbeiter- wie Frauenbewegung: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, fand in der antisemitischen Arbeitspolitik des NS-Regimes keine Resonanz mehr. Im Nationalsozialismus war keineswegs Egalität, sondern vielmehr rassistische und auch soziale Ungleichheit prägend. Doch sollten sich bei aller Differenzierung innerhalb der Volksgemeinschaft Männer und Frauen, entlohnte Erwerbstätige oder unentgeltlich arbeitende Hausfrauen, Gebildete und Angelernte, Kopf- und Handarbeiter als Volksgenossen und Volksgenossinnen ideell gleichwertig fühlen, weil alle gleichermaßen, jeder und jede auf seinem bzw. ihrem Platz für die Optimierung des sozialen Ganzen sorgten. Die Ikonographie der Arbeit war im Nationalsozialismus ganz auf diese Inklusion und Mobilisierung bei gleichzeitiger sozialrassistischer Segregation ausgerichtet.

Die temporär oder dauerhaft Ausgeschlossenen, ob politisch Verfolgte, „Fremdrassige“ oder als „arbeitsscheu“ definierte „Gemeinschaftsfremde“, hatten in den Konzentrationslagern auf gewalttätige Weise Arbeit als Terror und Erziehungsmittel zu erleiden. Diese exkludierende, erniedrigende und brutale Kehrseite der Arbeit gehörte untrennbar zum nationalsozialistischen Konzept der Arbeit dazu. Zwar sollte die schwere körperliche Arbeit in den Konzentrationslagern – in der Perspektive der Täter – als Erziehungsmittel dazu dienen, „besserungsfähige“ Häftlinge wieder in die Volksgemeinschaft integrieren zu können. In der Praxis jedoch diente Arbeit in den Konzentrationslagern als Zwangsarbeit für staatliche Infrastrukturmaßnahmen oder Unternehmen sowie als Mittel brutaler Gewalt, um die Selbstbehauptung der Häftlinge zu brechen.

Auch die freie Wahl des Arbeitsplatzes gehörte zu jenen Erfolgen der Arbeiterbewegung, die im NS-Regime wieder kassiert wurden. Bereits im Ersten Weltkrieg war Arbeit durch das Vaterländische Hilfsdienstgesetz 1916 massiv staatlich reglementiert und militarisiert worden. Nun wurde mit der Einrichtung von Treuhändern der Arbeit, der Zerschlagung der freien Gewerkschaften und Zwangsorganisation der Arbeiterschaft in der Deutschen Arbeitsfront die Tarifautonomie gebrochen und ein vom Staat kontrolliertes Lohnsystem errichtet, das zwar aufgrund des Arbeitermangels noch genügend Möglichkeiten selbst individueller Lohndifferenzierung bot, aber dennoch als kollektives System die individuelle Verfügung über die eigene Arbeitskraft verhindern sollte. Die (Wieder-)Einführung des Arbeitsbuches 1936 offenbarte auf signifikante Weise, dass im Nationalsozialismus auch für deutsche Arbeitskräfte ein Zwangssystem vorgesehen war, welches im Zweiten Weltkrieg weiter ausgebaut wurde.

Im Krieg weitete sich das Zwangsarbeitssystem jedoch auf fast ganz Europa und vor allem in sehr viel brutalerer Form auf nichtdeutsche Arbeitskräfte aus.

Auch im Ersten Weltkrieg waren Kriegsgefangene zu Zehntausenden als Zwangsarbeiter eingesetzt worden, wurde die Zivilbevölkerung aus den besetzten Gebieten wie Belgien oder Polen mit falschen Versprechen oder nacktem Zwang zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Das NS-Regime weitete aber, vor allem als nach der Niederlage vor Moskau im Dezember 1941 die Umstellung der Rüstungswirtschaft auf einen längeren Krieg unausweichlich war, den Zwangsarbeitereinsatz in einem millionenfachen Ausmaß aus, das vorher kaum denkbar war und nur von der Sowjetunion in einer ähnlich verbrecherischen Dimension praktiziert wurde.

Millionen von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern wurden aus allen besetzten Gebieten nach Deutschland gebracht oder mussten vor Ort für die Wehrmacht und die deutschen Besatzungsstellen arbeiten. In den jüdischen Ghettos wurde die Arbeitsfähigkeit zum entscheidenden Kriterium über Leben und Tod. All diejenigen, die in den Augen der SS oder der Arbeitsämter nicht mehr arbeitsfähig waren, allen voran Kinder und alte Menschen, wurden selektiert und ermordet. 1942 lebten im Ghetto Litzmannstadt/Łódź nur noch „arbeitsfähige“ Frauen und Männer zwischen 16 und 60 Jahre; das Ghetto, so ein Überlebender, hatte sich in eine gigantische Fabrik verwandelt.

Dass Arbeit auch Vernichtung sein konnte, ist sicherlich das herausstechendste Merkmal des Nationalsozialismus. „Ob bei dem Bau eines Panzergrabens 10.000 russische Weiber an Entkräftung umfallen oder nicht“, so Heinrich Himmler in seiner berüchtigten Posener Rede vom Oktober 1943, „interessiert mich nur so weit, als der Panzergraben für Deutschland fertig wird.“ Der Passus in der Niederschrift der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942, dass „die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt [werden], wobei zweifellos ein Grossteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird“, war wörtlich gemeint. Wie Arbeit als Vernichtung konnte auch Vernichtung als Arbeit verstanden werden, wie zahlreiche Selbstzeugnisse, Tagebücher, Briefe von NS-Tätern und Soldaten zu erkennen geben. Diese Verbindung von Arbeit mit Destruktion, Gewalt und Vernichtung könnte man als einen Endpunkt der Militarisierung der Arbeit beschreiben. Sie ist zweifellos auch in Kolonialregimen zu beobachten; in der Systematik, wie in der Radikalität ragt der Nationalsozialismus jedoch hervor. Auch wenn das NS-Regime immer wieder zu pragmatischen, der Kriegssituation geschuldeten Entscheidungen gezwungen war – an der rassistischen Grundhaltung zur Arbeit, die immer wieder zu entgrenzter mörderischer Praxis führte, hielt das NS-Regime bis zu seinem Ende fest.

